



Ausgabe 7/2007

20. November 2007

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Neue Wege der Staatsregierung

Von Ernst Ziegenheim, HPR-Vorsitzender



(gdp) Am 19.11. löste Herr Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein ein Versprechen ein, dass er bei seiner Amtsübernahme

gegeben hatte. Er versprach den Dialog mit dem öffentlichen Dienst. So kam es zu einer Gesprächsrunde zwischen den Vorsitzenden der Hauptpersonalräte sowie den Vorsitzenden der örtlichen Personalräte aller Ministerien und Herr Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, dem Leiter der Staatskanzlei Herrn Eberhard Sinner sowie dem Amtschef der Staatskanzlei Herrn Dr. Schön.

In der über zweistündigen Gesprächsrunde war es möglich, Probleme des öffentlichen Dienstes wie z.B.

- **Stopp des Personalabbaus**
- **Beseitigung des Beförderungsstaus**
- **Motivationsförderung durch zeitnahe Beförderungen**

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

- **Stellenhebungen**
- **Barrierefreier Zugang zu Softwareprodukten**
- **Sachausstattung / Sachhaushalt**
- **Reisekostenrecht**

anzusprechen.

Keine Unterstützung fanden wir vor allem in punkto „Stopp des Personalabbaus“. Unter Verweis auf die hohen Personalkosten und dem Bedürfnis, den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten zu müssen, verwies Beckstein darauf, dass Beides nur über Personalreduzierung **und** gleichzeitig verbesserter Bezahlung ermöglicht werden kann. Im Bereich des **Sachhaushaltes** erkannte er an, dass hier durch die durchgeführten Sparmaßnahmen ein gewisser **Nachholbedarf** bestehen würde, den es aufzugreifen gelte. Erfreulich ist hier, dass er dies am Sachhaushalt der

Polizei verdeutlichte. **Das Problem der Wiederbesetzungssperre wurde überdacht und eine zeitliche Reduzierung in Aussicht gestellt.**

Neben den weiteren Themenbereichen, die diskutiert wurden, ist vor allem auch die Dienstrechtsreform zu nennen. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine zunehmende Flexibilisierung auch im Bereich der Versorgung (Pensionszeitpunkt) durch vermehrt freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Ministerpräsident Dr. Beckstein kündigte auch eine Kampagne zur Verbesserung des Ansehens des öffentlichen Dienstes an, die alle Bereiche umfassen wird.

Der Anfang eines Dialoges ist gemacht – bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass es weiter so voran geht.

GdP: Offene Grenzen ohne Polizei gefährden die Innere Sicherheit

Berlin - (gdp) Der geplante Abzug der Bundespolizei von den Grenzen angesichts des kurz vor den Weihnachtsfeiertagen anstehenden Wegfalls der Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien ist nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein unververtretbares Risiko für die Innere Sicherheit. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Vor allem die Menschen vor Ort fürchten sich vor einem Anstieg der Kriminalität, wenn insgesamt 2000 Polizeistellen in den angrenzenden Bundesländern wegfallen.“ Ebenso ver-

füge die Bundespolizei noch nicht über ein mit der polnischen Technik kompatibles Funksystem. Damit öffneten die politisch Verantwortlichen der grenzüberschreitenden Kriminalität Tür und Tor.

Freiberg meinte dazu weiter: „Die Gewerkschaft der Polizei ist ausdrücklich für offene Grenzen und ein gemeinsames Europa. Dennoch darf das Wohlstandsgefälle zu den neuen Nachbarn und die zu erwartenden Migrationsbewegungen aus Drittländern nicht übersehen werden.“



CSU-Vorsitzender und Finanzminister Huber empfängt DGB-Spitze

München - (gdp) Zu einem Antrittsbesuch war die DGB-Spitze beim neuen bayerischen Finanzminister Erwin Huber zu Gast. DGB-Chef Fritz Schösser, Christiane Voigt, Josef Falbisoner von ver.di, Gele Neubäcker von der GEW, Herr Beer von der IG Bau und für die GdP Peter Schall waren der Einladung gefolgt. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde stieg man

ren statt verordnen“, was seitens Huber zugesichert wurde.

Hinsichtlich TdL fragte Huber insbesondere ver.di Bayern, ob nicht ein bayerischer Ausstieg aus der TdL die bessere Lösung sei, um bayer. Belange im Tarifbereich leichter zu regeln. Dies sahen DGB und ver.di natürlich anders, die am Flächentarifvertrag festhalten wollen. Fritz

Leistungseinschätzung sowie die Beteiligung der Personalvertretungen bei der Vergabe von Leistungsprämien bzw. –zulagen. Für die GdP forderte Peter Schall, für den Polizeibereich die vorgesehenen Finanzmittel für zusätzliche Beförderungen zu verwenden.

Da die juristischen Auseinandersetzungen zwischen Beamten und ihrem Dienstherrn

zunehmen, forderte Peter Schall für die GdP außerdem, wieder vermehrt aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung die Zulassung von Musterverfahren bei gleichem Sachverhalt. In den letzten Jahren war hier leider die Entwicklung gegenläufig – über Widerspruchsbeseitigung mit Klagefrist wurden die Kollegen vermehrt zu aufwändigen Verwaltungsgerichtsklage gezwungen,



in die verschiedenen Themen ein. Hauptpunkt war das neue Dienstrecht. Minister Huber bestätigte, dass die Eckpunkte erst im späten Frühjahr 2008 in die Politik kommen, davor soll – so seine ausdrückliche Zusage – nochmals ein formelles Spitzengespräch nach Art. 104 BayBG stattfinden. Grund für die nun relativ späte Veröffentlichung der eigenen Eckpunkte sind die Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren des Bundes hinsichtlich Beamtenstrukturgesetz, dass die Eckpunkte als Rahmengesetzgebung für ein neues Dienstrecht legt und auf dessen Basis die Länderbeamtengesetze aufbauen sollen. Zum Beteiligungsverfahren forderte der DGB zukünftig eine frühere und vor allem echte Beteiligung nach dem Motto: „Gemeinsam vereinba-

Schösser warnte außerdem vor einem Angriff auf die Tarifautonomie, wenn wie derzeit in Hessen erst die Besoldung durch den Gesetzgeber geregelt und dann unter Verweis auf den Gleichklang in die Tarifverhandlungen gegangen werde. Richtiger sei es nach gängiger Praxis, ausgehandelte Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich zu übertragen.

Die Leistungsbezahlung muss nach Huber auch im Öffentlichen Dienst machbar sein, die bestehenden Bedenken des DGB und von ver.di wurden erörtert, ebenso die höchst unterschiedlichen Verfahrensweisen im Bereich der Kommunen. Gefordert wurde in jedem Fall eine Bezahlung „on top“ und nicht ein Bonus-/Malus-System sowie transparente und nachvollziehbare Kriterien zur

anstatt einen Fall als Musterverfahren durchzuziehen und den Rest ruhen bzw. Bescheide unter Hinweis auf das anhängige Verfahren vorläufig stellen zu lassen. Dafür exemplarisch seien die Verfahren i.S. Alimentation kinderreicher Beamte und die Nachberechnung der Kinderanteile im Ortszuschlag für den Zeitraum 1990-1998. FM Huber sagte zu, hier künftig öfter entsprechende Absprachen in geeigneten Fällen für Musterverfahren zu treffen. Dies würde nicht nur die Kollegen, sondern auch die Rechtsschutzabteilung der GdP entlasten.

Insgesamt verlief das Gespräch in einer entspannten und freundlichen Atmosphäre, so dass seitens der DGB-Gewerkschaften Hoffnung auf bessere Beteiligung und entsprechende Spitzengespräche besteht.



GdP-Vorstand zur Hundeschule Herzogau – keine Schließung !

Auch wenn wiederum ein anonymes Schreiben bei der SPD-Fraktion i.S. Hundeschule aufgetaucht ist, so hat der Landesvorstand bei seiner letzten Sitzung beschlossen: Die Hundeschule in Herzogau wird **nicht** geschlossen, die Kollegen dort leisten gute Arbeit und die Aus- und Fortbildung der bayerischen Diensthundeführer ist über Bayerns Grenzen hinaus anerkannt. Übereinstimmung dazu besteht nicht nur mit dem StMI, sondern auch mit der SPD-Landtagsfraktion, die am 20.11.07 eine entsprechende Presseerklärung steuerte. Bayerns Hundeführer

leisten ausgezeichnete Arbeit, das zeitweilige Kesseltreiben gegen die Kollegen muss aufhören, zudem sich die Masse der Vorwürfe als haltlos herausgestellt hat. Der Justiz ist für die schnelle Aufklärung zu danken.

Die angeblichen Vorfälle in Herzogau haben den Ruf von Bayerns Polizei schwer beschädigt, aber eben insbesondere die Hundeführer verunsichert. Die Hetzjagd von Medienvertretern teilweise bis aufs Klo und spöttische Bemerkungen von Kollegen bzw. aus dem privaten Umfeld aufgrund der Schilderungen in den ano-

nymen Schreiben sind menschenunwürdig. Hier wurde unnötig „Porzellan zer schlagen“. Allerdings ist nun umgehend die Sanierung des in die Jahre gekommenen Gebäudes durchzuführen, damit nicht nur die Hunde, sondern eben auch die Hundeführer ordentlich untergebracht sind. Die geographische Randlage von Herzogau alleine kann kein Argument für eine Schließung sein – schließlich ist auch Airing nicht gerade „im Herzen Bayerns“ und verursacht daher höhere Fahrtkosten als bei zentraler Lage. (PSch)

Weihnachtsideen * Freude schenken!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, *

fehlen Ihnen noch Weihnachtsgeschenke - wir haben sie!

Einfach auswählen und liefern lassen!
Wie wär's mit einer echten LED-Lampe zu einem sehr günstigen Preis oder einem Reisegutschein?

SW Lampen



SW Mobilfunk



SW Touristik



Informationen: www.swbayern.de
* * > **„Günstig Einkaufen“**



**Mitgliederservice der GdP
Sozialwerk der GdP Bayern GmbH**

Hansastraße 17/1 Telefon 089 / 57 83 88 28
80686 München Telefax 089 / 57 83 88 23
www.swbayern.de Email info@swbayern.de

Hinweis

Nach einigen Terminschwierigkeiten konnte nun der Antrittsbesuch des GdP-Vorstands beim neuen Innenminister Joachim Herrmann für den 22.11.2007 festgelegt werden. Seitens der GdP sind die Schwerpunktthemen Nachtrags Haushalt 2008, Investitionsrückstau und Beförderungproblematik. Über den Verlauf werden wir berichten.

